

Herr Hennig teilte mit, dass hierüber mehrfach erfolglos mit dem „Landesbetrieb Straßen“ gesprochen wurde. Anfang des Jahres habe man selbst den Zebrastreifen angeordnet. Dies führte zur Einschaltung der Oberen Straßenverkehrsbehörde. Bei einem Ortstermin mit den beteiligten Behörden wurde festgestellt, dass die Sichtbeziehungen derzeit nicht ausreichend sind. Die Verwaltung habe daraufhin Gespräche mit dem Eigentümer geführt. Es zeichne sich ab, dass die Stadt auf eigene Kosten mit Zustimmung des Grundstücksbesitzers die sichtbehindernde Böschung abtragen und somit die Voraussetzungen für den Zebrastreifen herstellen könnte. Dieser Aufwand müsste mit ca. 20.000,- € veranschlagt werden.

Herr Metz teilte die Meinung, dass dort etwas passieren müsse. Er setze seine Hoffnung aber auf den Neubau der S 13, danach wäre die Maßnahme ggf. entbehrlich.

Herr Hennig entgegnete, dass ein Zusammenhang nicht mit dem Bahnneubau sondern nur mit dem Bau der L 16n zu sehen sei.

Herr Bonerath ermunterte die Verwaltung, hier weiter tätig zu bleiben. Dieses wurde zugesagt und ein weiterer Bericht in Aussicht gestellt.